

der Krise und den Konflikten des Landes“ ausgezeichnet. Die regierungstreuen Medien hatten zum Teil die Wahl als „Irrtum“ und als Beitrag zur Verschärfung der Konfrontationen und Konflikte im Land getadelt.

Obwohl Tutu immer wieder betont hatte, wenn seine Anwalts-, seine Vermittlerfunktion nicht mehr gebraucht werde, wolle er lieber heute als morgen zu seinem eigentlichen seelsorglichen Amt zurückkehren – seine Vermittlungsfunktion war etwa zur Vorbereitung der ersten freien Wahlen in Südafrika 1994 unverzichtbar. Das für viele Beteiligten oft mit neuem Leid verbundene Ringen der „Wahrheitskommission“ um Vergangenheitsbewältigung – ein latenter Aggressionsherd im Land – benötigt das vermittelnde Wort Tutus immer noch.

Zwei mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Bischöfe und ein sicherlich weiterhin aktueller Kandidat an sehr verschiedenen Orten der Welt werfen ein Licht auf die besonderen Chancen und Möglichkeiten der Kirchen und einzelner ihrer Amtsträger bei der Vermittlung und Schlichtung von Konflikten in ihren Ländern. Es ließen sich mühelos weitere Beispiele besonderen Engagements und herausragender Leistungen kirchlicher Vertreter finden. Zu erinnern wäre dabei etwa an den durch seine Vermittlungsbemühungen zwischen der salvadorianischen Regierung und der Befreiungsfront Farabundo Martí bekannt gewordenen früheren Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera y Damas*, der wie Belo auch dem Orden der Salesianer Don Boscos angehörte.

Meist ist dieser Einsatz für eine friedliche und gewaltlose Konfliktlösung für jeden dieser Vermittler mit einem hohen Preis verbunden, nicht selten mit der Bedrohung des eigenen Lebens. Immer bleiben sie einer im letzten unlösbaren Spannung ausgesetzt, der Erfolg ihres Tuns hängt an dem „Stehen zwischen den Fronten“. Das Wissen darum, daß die Kirche(n) in ihrem Land, aber auch die weltweite Christengemeinschaft diesen Dienst mittragen, ist bzw. wäre dabei wohl die beste Rück- und Lebensversicherung. fo

Nischen

135

Die Kirchen und ihr Verhältnis zu religiösen Privatsendern

Etwas Besseres hätte dem sogenannten „Radio Paradiso“, dem evangelischen Pilotprojekt für ein bundesweites christliches Privatrado, gar nicht passieren können. Die Nachricht darüber, daß das in Frankfurt ansässige Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) dieses von privater Hand lancierte Projekt in seiner Anschubphase unterstützt, bewog den Intendanten des Senders Freies Berlin, *Günther von Lojewski*, zu einer geharnischten Kritik an der evangelischen Kirche, die auf viel Aufmerksamkeit stieß. Wenn die Kirche selbst Spartenprogramme dieser Art fördere, sieht von Lojewski keinen Grund mehr dafür, daß der öffentlich-rechtliche Hörfunk Kirchenprogramm ausstrahlt.

Vorausgegangen war dieser Äußerung folgendes: Am 21. August wurde in Kiel die *Radio Paradiso Christliches Radio Berlin GmbH* gegründet. Zu den Gesellschaftern gehören einige Landeskirchen, evangelische Presseverbände und weitere Organisationen aus dem evangelischen Raum sowie ein Kieler Freundeskreis Radio Paradiso. Seinen Sitz soll das Projekt in Berlin haben. Das neue Privatrado soll am Ersten Advent dieses Jahres auf Sendung gehen. Geplant ist ein 24-Stunden-Programm „christlicher Prägung“, ein Vollprogramm, das nicht elitär, sondern populär sein soll, zunächst nur für Berlin. Eine bundesweite Ausstrahlung wird jedoch angestrebt. Die Zusammenarbeit mit dem von katholischen Laien projektierten „Radio Campanile“ ist geplant, im Fall des evangelikalen Wetzlarer Evangeliumsrundfunks (ERF) ist man offenbar zurückhaltender.

Bei der Mehrheitsentscheidung innerhalb des GEP zugunsten einer Beteili-

gung an der Anschubfinanzierung von Radio Paradiso handelte es sich um eine, wie es hieß, „Dennoch-Entscheidung“. Mit anderen Worten: Man hat zwar erhebliche Bedenken und Anfragen, aber um dabei zu sein, entschloß man sich zu einer wenigstens symbolischen Unterstützung, obendrein, wie versichert wird, kirchensteuerfrei und in einer Höhe, die auch in Zeiten des knapper werdenden Geldes noch vermittelbar bleibt.

Aber da fängt das Problem bereits an. Schon aus finanziellen Gründen äußern sich Fachleute über die Erfolgsaussichten des Projektes eher skeptisch. Auch im besten Fall bräuchte es eine Finanzierung, die noch auf Jahre hinaus Defizite auszugleichen in der Lage wäre. Das GEP ließ bereits verlauten, nach der Anschubfinanzierung seien keine Mittel aus Kirchensteuereinnahmen zu erwarten. Und ob die Wirtschaft in einem solchen Sender ein Umfeld erkennt, in dem es sich für sie zu werben lohnt, steht dahin. Als Schwierigkeit könnte sich darüber hinaus die Tatsache erweisen, daß der Zwang, für Werbung attraktiv zu sein, u.U. einen Programmcharakter begünstigt, der sich mit dem weltanschaulichen Anliegen des Senders reibt. Ob es also je zu der vom SFB-Intendanten an die Wand gemalten Konkurrenz zwischen christlichen Radios und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihren Kirchenprogrammen kommen wird, ist sehr die Frage.

Von einem „Paradigmenwechsel“ in der evangelischen Medienpolitik, wie manche bereits munkeln, will man jedenfalls auf seiten des GEP nichts wissen. Der GEP-Vorsitzende *Hans Norbert Janowski* beeilte sich, Befürchtungen dieser Art zu zerstreuen.

Auch sein katholisches Pendant, der Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, *Reinhold Jacobi*, trat Vermutungen entgegen, die katholische Kirche könnte mit „Radio Campanile“ den Einstieg in das Zeitalter der christlichen bzw. kirchlichen Privatrados wagen. Zugleich zeigte er sich sehr zufrieden mit der Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten: Mit ihnen sei

man bislang „gut bis bestens“ gefahren: „Uns liegt sehr viel daran, diese Kooperationen fortzuführen.“

Daß die Kirchen selbst zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geneigt sind, umzudenken und damit die Verbindungen zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten in Gefahr zu bringen, muß nicht heißen, daß damit alles andere von vornherein aussichtslos wäre. In den Medien deutet sich eine Entwicklung an, die eines nicht allzu fernen Tages auch den Bereich Religion erreichen könnte. Zuwächse gibt es derzeit weniger bei Vollprogrammen, sondern bei den Spartenprogrammen, durchaus analog zu sehen zur Zeitschriftenvielfalt an jedem Kiosk.

Die Kirchen ziehen bis heute den indirekten Weg vor, die Präsenz in den Programmen großer Rundfunkanstalten und lehnen die Schaffung religiöser „Reservate“ ab. Diese Frage berührt nicht weniger als ihr Selbstverständnis in bezug auf die kirchliche Präsenz in der säkularen Gesellschaft. Die Kirchen lassen sich aus guten Gründen (noch) nicht darauf ein, sich in Sparten und Nischen einer pluralen Gesellschaft und ihrer Medien zu begeben. Aber sie können es auf längere Sicht möglicherweise doch nicht verhindern, daß die Entwicklung in genau diese Richtung weiter fortschreitet. nt

Vorreiter

#335 Ein Friedenshirtenbrief der niederländischen Bischöfe

„Zum Frieden fähig?“ – so lautet der Titel eines Hirtenbriefs über „Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden im Geist des Evangeliums“, den die Niederländische Bischofskonferenz Mitte September veröffentlichte. Die Bischöfe erinnern gleich zu Anfang ihres jüngsten Friedenshirtenbriefs an dessen Vorgänger: 1969 hatten sie ein Schreiben vorgelegt (Titel: „Der Krieg in den Bann“), das die Impulse der Friedenszyklika „Pacem in terris“

Johannes' XXIII. und des Zweiten Vatikanischen Konzils aufnahm. 1983 erschien dann auf dem Höhepunkt der niederländischen (und deutschen) Nachrüstungsdiskussion ihr Hirten-schreiben „Frieden und Gerechtigkeit“ (vgl. HK, Juli 1983, 296 ff.).

Seinerzeit häuften sich die bischöflichen Stellungnahmen zur Thematik Frieden, Rüstung, Abschreckung, Kernwaffen. Diesmal kommt den niederländischen Bischöfen eine *Vorreiterrolle* zu: Sie sind der erste Episkopat in der Westhälfte Europas, der sich nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation umfassend zur Friedensförderung in ihren verschiedenen militärischen und nichtmilitärischen Aspekten und zum christlichen Friedensauftrag auf dem Hintergrund der grundlegend veränderten Weltsituation äußert.

Beachtung verdient auch die Art und Weise, wie der neue niederländische Friedenshirtenbrief zustande gekommen ist. Der Text entstand in Zusammenarbeit mit der niederländischen Sektion der katholischen Friedensorganisation „Pax Christi“ und verwendet Material, das in einer von Pax Christi veranstalteten Konsultation verschiedener Organisationen und Gruppierungen im niederländischen Katholizismus zur Friedenthematik zusammengetragen wurde. Eine ähnliche Konsultation hatte es im übrigen auch schon zur Vorbereitung des Friedenshirtenbriefs von 1983 gegeben.

Inhaltlich deckt das jetzige Dokument ein *breites, vielleicht zu breites Spektrum* ab, wobei die einzelnen Themen teilweise etwas unverbunden nebeneinanderstehen. Es geht um Gewaltdarstellung und Gewaltverherrlichung in den Medien ebenso wie um die Todesstrafe, um das Verhältnis von Vergeltung und Versöhnung und die Arbeit der südafrikanischen „Wahrheitskommission“ ebenso wie um den internationalen Waffenhandel und Landminen, um christliche Friedensspiritualität genauso wie um die Friedensarbeit in den Kirchen.

Den konkreten politisch-militärischen Hintergrund für das neue Schreiben zum Gesamtthema Frieden bilden die

Veränderungen bei den niederländischen Streitkräften. Wie auch andere Nato-Mitgliedsstaaten sind die Niederlande dabei, ihre Wehrpflichtarmee in Berufsstreitkräfte umzuwandeln. Deren Auftrag liegt jetzt und in Zukunft vor allem in der Beteiligung an friedenssichernden oder -schaffenden Aktionen im Auftrag bzw. mit der Zustimmung der Vereinten Nationen. Hier ist auch schon eine erste, wenig erfreuliche Belastungsprobe aufzuarbeiten: Das Verhalten der niederländischen UN-Truppen im Zusammenhang mit der serbischen Eroberung der bosnischen Schutzzone Srebrenica gab vor einem Jahr Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen.

Die niederländischen Bischöfe benennen diesen Vorgang nicht direkt. Wohl weisen sie darauf hin, die bisherigen Erfahrungen bei UN-Aktionen hätten deutlich werden lassen, „daß die betroffenen Soldaten mit schweren moralischen Dilemmata und großen Gewissensproblemen konfrontiert werden können“. Es gebe allen Grund dazu, bei einer Berufarmee der *moralischen Dimension militärischer Einsätze* große Aufmerksamkeit zu widmen. Soldaten und ihre Angehörigen hätten Anspruch auf adäquate Begleitung, gerade auch bei ihren ethischen Fragen und spirituellen Bedürfnissen. In diesem Zusammenhang regt der Hirtenbrief an, es solle für Berufssoldaten eine institutionalisierte Regelung für das Geltendmachen von Gewissensbedenken im Einzelfall geben.

Im Blick auf mögliche Einsätze niederländischer Truppen im Rahmen der UNO greifen die Bischöfe auf die klassische Lehre vom „gerechten Krieg“ zurück und entnehmen ihr Kriterien: Gewalt darf demnach nur gegen eine Aggression oder bei groben Menschenrechtsverletzungen angewandt werden; sie muß das letzte Mittel sein, wenn alle anderen erschöpft sind. Die Gewaltanwendung muß im Blick auf das angestrebte Ziel erfolversprechend und angemessen sein: Es braucht den Auftrag der zuständigen Autorität, also in diesem Fall des UN-Sicher-